

HERMANN & HERMANN

Dr. Daniela Hermann
Steuerberaterin
Rechtsanwältin
Fachanwältin für
Steuerrecht

Horst Hermann
Steuerberater
Wirtschaftsprüfer

Kantstraße 11
67454 Haßloch (Pfalz)
Tel. 06324 – 92 97 90
Fax 06324 – 92 97 929

Rundschreiben September 2016

Auf den

Punkt

gebracht

Reaktion des Finanzamtes bei Nichtbeantwortung von Fragen

In letzter Zeit passiert es häufiger, dass das Finanzamt, wenn nicht seine Rückfragen zeitnah geklärt werden, die in Diskussion stehenden Punkte zu Ihren Lasten ändert und einen entsprechenden Steuerbescheid erlässt. Wir müssen dann versuchen, über den Weg des Einspruches Ihre Rechte zu wahren. Wir bitten Sie deshalb, von uns weitergegebene Fragen, die die Finanzverwaltung betreffend Ihre Steuererklärung hat, zeitnah zu beantworten, damit wir diese Informationen an die Finanzverwaltung weitergeben können, sodass die Bescheide von vornherein die zutreffenden Aufwendungen berücksichtigen.

Steuervorauszahlung: Personelle Zuordnung empfehlenswert

Wenn es im Rahmen einer Ehe zu einer Trennung der Partner kommt, ist unbedingt daran zu denken, das Finanzamt darüber zu informieren, für wen die geleisteten Steuervorauszahlungen erbracht werden. Wird dies nicht gemacht, so wird auf Seiten des Finanzamtes jeweils die Hälfte der Steuervorauszahlungen den jeweiligen Ehegatten zugerechnet, ganz egal, wer sie geleistet hat. Anders wird der Fall des Lohnsteuerabzugs betrachtet. Sollte ein solcher Fall bei Ihnen eintreten, so bitte ich Sie unbedingt um sofortige Nachricht an uns oder das Finanzamt per Brief oder per Fax, sodass bei der Finanzverwaltung klargestellt ist, für welche Person und für welche Einkunftsart die jeweilige Vorauszahlung geleistet wird. Nur so lässt sich bei einer möglichen Einzelveranlagung (infolge der Trennung) die unzutreffende hälftige Aufteilung der Vorauszahlung vermeiden.

Werbung auf Privat-Pkws der Mitarbeiter

Es ist möglich, dass Sie eine Werbefläche des Privat-Pkws eines Mitarbeiters mieten und ihm dafür ein Entgelt zahlen. Beträgt dieses maximal 255,99 € pro Jahr, besteht auf seiner Seite keine Steuer- und Sozialversicherungspflicht, denn diese Einkünfte gelten als „sonstige Einkünfte“, für die es eine Freigrenze gibt von 256 € pro Jahr (§ 22 Nr. 3 EStG). Auf dem Privat-Pkw des Mitarbeiters können Sie dann Werbung für Ihr Unternehmen

anbringen. Dies muss in einem separaten Mietvertrag geregelt werden. Sollte diese Gestaltung für Sie in Betracht kommen, so sprechen Sie uns bitte gerne an.

Anrechnung von Sonderzahlungen auf den gesetzlichen Mindestlohn

Wird mit Sonderzahlungen die Arbeitsleistung vergütet, können sie auf den Mindestlohn angerechnet werden. Der Arbeitgeber muss für jede geleistete Arbeitsstunde den Mindestlohn zahlen. Etwas anderes gilt nur, wenn Zahlungen ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers oder aufgrund einer besonderen Zweckbestimmung erbracht werden. In einem vom Bundesarbeitsgericht entschiedenen Fall erhielt eine Arbeitnehmerin laut Arbeitsvertrag einen Stundenlohn von weniger als 8,50 €. Daneben waren vertraglich bestimmte Lohnzuschläge sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld vorgesehen, die aufgrund einer Betriebsvereinbarung zu je 1/12 mit dem monatlichen Gehalt ausgezahlt wurden. Nach Ansicht des Gerichts könnten diese Zahlungen als Entgelt für die Arbeitsleistung auf den gesetzlichen Mindestlohn angerechnet werden; durch die vorbehaltlos und unwiderruflich in jedem Kalendermonat zu 1/12 geleisteten Jahressonderzahlungen sei in einem solchen Fall der Mindestlohnanspruch erfüllt.

Baulärm von Nachbargrundstück berechtigt zur Mietminderung

Das Landgericht Berlin hat entschieden, dass die Miete für eine Wohnung, die nach dem Einzug der Mieterin durch erheblichen Baulärm von einem Nachbargrundstück betroffen war, für die Dauer der Arbeiten gemindert werden kann. Geklagt hatte eine Mieterin, die bei Abschluss des Mietvertrags auf dem Nachbargrundstück noch eine mit Bäumen bewachsene Baulücke vorgefunden hatte. Erst danach wurde diese mit einer Tiefgarage und einem Gebäude bebaut. Das Gericht war der Meinung, dass in einem solchen Fall zu Recht ein Teil – hier 20 % - der Miete gemindert werden könne. Bei Vertragsschluss haben beide Parteien vereinbart, dass die Wohnung den üblichen Mietstandard gewährleiste, also auch ein gesundheitlich unbedenkliches Wohnen. Dieser Standard sei nach Ansicht der Richter aufgrund der Bauarbeiten auf dem Nachbargrundstück dauerhaft unterschritten worden.

Mindestlohn wird erhöht ab 2017

Dass der Mindestlohn ab 2017 höher sein wird als in den ersten beiden Jahren seit Einführung, das war klar. Auf wie viel Euro die Lohnuntergrenze jedoch ansteigt, war bis zuletzt umstritten. Nun bekommen Arbeitnehmer in Deutschland künftig einen spürbar höheren gesetzlichen Mindestlohn. Dieser steigt Anfang 2017 von derzeit 8,50 Euro auf 8,84 Euro pro Stunde. So wurde es im Juni von der Mindestlohnkommission beschlossen.

Nachweis des Erbrechts durch Vorlage eines eröffneten eigenhändigen Testaments

Der Erbe ist bis auf wenige Ausnahmen nicht verpflichtet, sein Erbrecht durch einen Erbschein nachzuweisen. Er hat die Möglichkeit, den Nachweis auch in anderer Form zu erbringen. Neben einem eröffneten notariellen Testament oder Erbvertrag kann der Nachweis auch mittels eines eindeutigen handschriftlichen, nachlassgerichtlich eröffneten Testaments oder im Fall der gesetzlichen Erbfolge mittels der üblichen Personenstandsurkunden geführt werden. Der Nachweis mittels eröffnetem handschriftlichen Testament ist aber nur dann möglich, wenn das Testament eindeutig ist und keiner Auslegung bedarf. In Anwendung dieser Grundsätze hat der Bundesgerichtshof ein Kreditinstitut, das zu Unrecht die Vorlage eines Erbscheins verlangt hatte, zu Schadensersatz verurteilt, konkret zur Erstattung der Gerichtskosten für die Erteilung des Erbscheins.

Vorsteuerabzug aus Rechnungen

Mit Ihrer nächsten Buchhaltung geben wir Ihnen Checklisten mit, aus denen hervorgeht, welche Rechnungsangaben in Rechnungen bis 250 Euro brutto und über 150 Euro brutto enthalten sein müssen. Wir bitten Sie, anhand dieser Checklisten Ihre Rechnungen sofort bei Rechnungseingang zu überprüfen. Eine solche Vorgehensweise wird als „interne Kontrolle“ von Rechnungen als Vorstufe zur ordnungsgemäßen Verbuchung von Rechnungen akzeptiert, sodass, wenn aus Rechnungen unzutreffenderweise die Umsatzsteuer geltend gemacht wurde, dem Vorwurf der (versuchten) Steuerhinterziehung begegnet werden kann.

Die Rechnungen werden aber auch bei uns im Hause nochmals auf das Vorhandensein aller gesetzlich geforderten Angaben überprüft.

Umsatzsteuerliche Behandlung von Gutscheinen

Der Rat der Europäischen Union hat Ende Juni 2016 die Richtlinie zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Gutscheinen verabschiedet. Wie erwartet, wird unterschieden zwischen einem sogenannten „Einzweck-Gutschein“ und „Mehrzweck-Gutschein“. Zu unterscheiden ist danach, ob zum Zeitpunkt der Ausgabe des Gutscheines schon bekannt ist, an welchem Ort und mit welchem Steuersatz die im Gutschein genannte Leistung zu besteuern ist. Ist dies der Fall, so handelt es sich um „Einzweck-Gutscheine“; die Steuer entsteht dann bereits zum Zeitpunkt der Ausgabe und bei jeder Weiterveräußerung. Bei „Mehrzweck-Gutscheinen“ entsteht Steuer erst zum Zeitpunkt der Einlösung des Gutscheines gegen die im Gutschein verbriefte Leistung.

Werbegeschenke: Betriebsausgabenabzug nur bei getrennter Aufzeichnung?

Im April erging eine Entscheidung des Finanzgerichts Baden-Württemberg, das sich mit der Frage beschäftigen musste, wie der Aufwand für solche Werbegeschenke verbucht werden muss, die oberhalb der Schwelle für sogenannte Verbrauchsartikel (von bis zu 10 Euro), aber unterhalb der den Betriebsausgabenabzug ausschließenden Schwelle von 35 Euro dient. Im konkreten Fall waren 15.000 hochwertige Wandkalender mit Werbeeindruck an eine Vielzahl von aktuellen und potentiellen Kunden eines Unternehmers überlassen worden.

Der Steuerpflichtige hatte den diesbezüglichen Aufwand als Teil seines Werbeaufwands verbucht, das Gericht war der Ansicht, dass es sich um Geschenke gehandelt habe und versagte deshalb den Abzug der Kosten, weil diese nicht (wie von § 4 Abs. 7 EStG gefordert) getrennt von den übrigen Betriebsausgaben aufgezeichnet bzw. verbucht worden war.

Gegen das Urteil des Finanzgerichts Baden-Württemberg wurde Revision eingelegt. Die Frage ist also weiterhin streitig.

Das nie endende Thema „Kasse“: Manipulationssichere Kassensysteme

Das Bundesfinanzministerium hat zwei weitere Referentenentwürfe vorgelegt: den „Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“ sowie den „Entwurf einer Technischen Verordnung“ zur Durchführung dieses Gesetzes. Die geplanten Gesetzesänderungen, die erstmals für nach dem 31.12.2018 endende Wirtschaftsjahre gelten sollen, konzentrieren sich auf vier Gesichtspunkte:

- Die fortlaufende Einzelaufzeichnung aller aufzeichnungspflichtigen Geschäftsvorfälle. Einzelaufzeichnungspflicht bedeutet, dass aufzeichnungspflichtige Geschäfts-

vorfälle laufend zu erfassen, einzeln festzuhalten sowie aufzuzeichnen und aufzubewahren sind, sodass die einzelnen Vorgänge in Entstehung und Abwicklung verfolgt werden können.

- Ausnahmsloser Einsatz zertifizierter elektronischer Kassensysteme: Elektronische Kassen müssen danach über eine zertifizierte Sicherheitseinrichtung verfügen. Kassen, die nicht über eine solche Sicherheitseinrichtung verfügen, dürfen nicht mehr gewerbsmäßig veräußert werden!
- Die Einführung einer Kassen-Nachschau, die es dem Finanzamt ermöglicht, sich ohne Ankündigung und ohne Prüfungsanordnung von der Ordnungsmäßigkeit des elektronischen Kassensystems und der damit erstellten Aufzeichnungen zu überzeugen. Eine solche Nachschau kann ohne Prüfungsanordnung in eine Außenprüfung münden. Vergleichbare Prüfungsmöglichkeiten hat die Finanzverwaltung bereits bei der Lohn- und Umsatzsteuer.
- Die Einführung von Bußgeldern bis zu 25.000 €, wenn nicht zertifizierte Systeme eingesetzt werden oder zertifizierte Systeme nicht richtig oder ungeschützt eingesetzt werden. Die gleichen Bußgelder drohen bei Vertrieb manipulierbarer Systeme.

Eine gesetzliche Pflicht zur Verwendung von elektronischen Kassensystemen ist bisher nicht vorgesehen.

Erbschaftsteuerbefreiung für Familienwohnheim kann rückwirkend versagt werden

Der Erwerb eines Familienwohnheims von Todes wegen durch Kinder bleibt grundsätzlich steuerfrei, soweit der Erblasser darin bis zum Erbfall eine Wohnung zu eigenen Wohnzwecken genutzt hat oder bei der er aus zwingenden Gründen an einer Selbstnutzung zu eigenen Wohnzwecken gehindert war. Die Steuerbefreiung fällt mit Wirkung für die Vergangenheit weg, wenn der Erwerber das Familienheim innerhalb von 10 Jahren nach Erwerb nicht mehr zu Wohnzwecken selbst nutzt - es sei denn, er ist aus zwingenden Gründen an einer Selbstnutzung zu eigenen Wohnzwecken gehindert.

Künstlersozialkasse

Unternehmen, die an Künstler Honorare von mehr als 450 € pro Jahr zahlen, müssen auf diese Zahlungen die Künstlersozialabgabe entrichten. Der Abgabesatz soll zum 1. Januar 2017 von 5,2 % auf 4,8 % gesenkt werden. Ob die Pflichten nach dem Künstlersozialgesetz erfüllt werden, wird von der Deutschen Rentenversicherung bei Sozialversicherungsprüfungen mitgeprüft. In unserem nächsten Rundschreiben nehmen wir zu diesem Thema nochmal Stellung.

Und zum Schluss:

„Es ist nicht wenig Zeit, die wir haben, sondern es ist viel Zeit, die wir nicht nützen.“

(Seneca)